

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
166 · Ausgabe CH · November 2016
AZB 3001 Bern



Bleib, wie du bist

«Im Zentrum der SP steht das Mitglied. Es kann auf jeder Ebene den Kurs der Partei mitbestimmen», sagt Co-Generalsekretärin Leyla Gül. Damit die SP eine Mitgliederpartei bleiben kann, braucht es das Reformprojekt «Zukunft SP», über das der Parteitag diskutiert. Seiten 2 und 3

UMSETZUNG MEI

Der Nationalrat macht für die «Masseneinwanderungsinitiative» einen Umsetzungsvorschlag, der mit den Bilateralen – und mit den Bedingungen der SP – vereinbar ist. Seite 8

#SCHWEIZERAUFSCHEI

Die feministische Bewegung in der Schweiz wird wieder sichtbarer, hörbarer und ist verstärkt aktiv. Das ist gut so, denn es gibt noch viel zu tun. Seite 13

USSTIGE BITTE!

Am 27. November könnte eine Mehrheit der Stimmberechtigten den Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie beschliessen. Hier nochmals die wichtigsten Argumente für ein Ja zur Atomausstiegsinitiative.

1. Atomstrom ist unrentabel und teuer

Atomstrom ist bereits heute teurer als Strom aus Wasserkraft. Hinzu kommt, dass die Kosten für die Entsorgung des Atommülls, die eigentlich dem Atomstrom aufgebürdet werden müssten, von den Betreibern viel zu tief veranschlagt werden. Alleine auf die AKW Gösgen und Leibstadt warten in den nächsten Jahren Investitionen von gegen einer Milliarde, wenn sie weiterbetrieben werden sollen. Nicht einmal der laufende Betrieb ist kostendeckend: Mit jeder Kilowattstunde Atomstrom wird Geld verbrannt, ein rascher Ausstieg ist die günstigste Lösung.

2. Uralt-AKW sind eine Bedrohung

Die Risiken von AKWs sind nicht kontrollierbar. Die Schweiz leistet sich den weltweit ältesten AKW-Park und mit Beznau I sogar das älteste AKW der Welt. Es steht im 47. Betriebsjahr und hat mit grossen Sicherheitsproblemen zu kämpfen. AKWs arbeiten mit hoher Radioaktivität, grosser Druckbelastung und hohen Temperaturen, was einen entsprechenden Material- und Maschinenverschleiss verursacht. Zentrale Bauteile wie der Reaktor lassen sich aber nicht erneuern und das Unfallrisiko ist mit zunehmender Betriebsdauer massiv erhöht. Ein ungelöstes Problem ist auch die Entsorgung.

3. Geordneter Ausstieg schafft Planungssicherheit

Die Energiestrategie des Bundesrats will, dass unsere Energieversorgung bis 2050 zum grossen Teil auf erneuerbaren Energien basiert. Damit dies möglich wird, müssen die AKWs vom Netz. Das Parlament hat in der Energiestrategie aber einzig ein Neubauverbot festgeschrieben, Regelungen zur Ausserbetriebnahme der bestehenden AKWs fehlen. Die Initiative schliesst diese für das Gelingen der Energiewende zentrale Lücke der Gesetzgebung auf Verfassungsstufe und sorgt dafür, dass die AKWs gestaffelt vom Netz gehen.

4. Energiewende sichert Versorgung und Arbeitsplätze

Kaum ein anderes Land ist für die Energiewende besser positioniert als die Schweiz. Wir verfügen über ein grosses Potenzial an erneuerbaren Ressourcen: Wasser, Sonne, Wind, Biomasse, Holz. Sonne und Wind stehen praktisch unerschöpflich zur Verfügung und müssen im Gegensatz zu Erdöl, Gas und Uran weder beschafft noch angeliefert werden. Die erneuerbaren Energien machen uns unabhängig von teuren Rohstoffimporten. Im Gegensatz zu den AKWs schaffen sie dauerhafte und sinnstiftende Arbeitsplätze, auch in strukturschwachen Regionen.



**am 27. November zum
geordneten Atomausstieg
bis 2029**

geordneter-atomausstieg-ja.ch

DARUM GEHT ES

Die Atomausstiegsinitiative fordert ein Bau- und Betriebsverbot für neue AKWs und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende AKWs. Wenn es die Sicherheit verlangt, müssen AKWs auch schon früher abgeschaltet werden. Darüber hinaus fordert die Initiative für den geordneten Atomausstieg eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren basiert.

«Genau muss eine funktio

«Wir müssen die Mitgliederentwicklung zu einem Dauerthema machen. Das ist Knochenarbeit, aber es führt kein Weg daran vorbei», sagt Co-Generalsekretärin Leyla Gül.

AM PARTEITAG IN THUN DEBATTIEREN DIE DELEGierten DAS REFORMPROJEKT «ZUKUNFT SP». CO-GENERALSEKRETÄRIN LEYLA GÜL SAGT, WARUM DIE SP EINE MITGLIEDERPARTEI BLEIBEN SOLL UND WELCHE REFORMEN DAFÜR NÖTIG SIND.

Interview: Andrea Bauer

Leyla, wie soll die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in Zukunft aussehen?

Eigentlich nicht viel anders als in den letzten fünfzig, sechzig Jahren. Die SP ist eine Mitgliederpartei und das grosse Ziel ist, dass wir trotz allgemein abnehmender Parteibindung in ganz Europa eine Mitgliederpartei bleiben können.

Wodurch zeichnet sich die Mitgliederpartei aus, und ist diese Form wirklich noch zeitgemäss?

Im Zentrum der Mitgliederpartei steht das Mitglied. Es kann auf jeder Ebene den Kurs der Partei mitbestimmen. Es ist die politische wie finanzielle Basis der Partei – über 90 Prozent unseres Budgets werden aus Mitgliederbeiträgen und Spenden gedeckt –, die Mitglieder in ihrer Gesamtheit garantieren aber auch die Kampagnenfähigkeit der Partei und ihre Verankerung in der Gesellschaft. Ich bin sehr überzeugt davon, dass eine Partei genau so funktionieren muss.

Die Mitgliederzahlen sind seit über zehn Jahren rückläufig, was bedeutet das für eine Mitgliederpartei?

Heute gehört die Mitgliedschaft – im Gegensatz etwa zu den Sechzigerjahren – nicht mehr zur üblichen Biografie.

SO Partei nieren»



Wir müssen darum die Mitgliederentwicklung zu einem Dauerthema machen. Das ist Knochenarbeit, aber es führt kein Weg daran vorbei. Am Parteitag wollen wir sie darum in den Statuten verankern und alle Ebenen in die Pflicht nehmen – Sektionen, Kantonalparteien und die SP Schweiz. Wir als SP Schweiz sehen uns dabei in der Rolle der Sammlerin guter Ideen und Beispiele, die wir aufbereiten und weitergeben. Wir sehen immer wieder: Wenn eine Sektion die Mitgliederengewinnung aktiv angeht und etwas tut, stehen die Chancen sehr gut, dass die Mitgliederzahlen wieder steigen. Das zeigt auch der erfreuliche Gegentrend im letzten Jahr: Zum ersten Mal seit über 20 Jahren war die Entwicklung positiv!

Zur Mitgliederentwicklung gehört auch die Mitgliederbindung – wie bringt man die Mitglieder dazu zu bleiben?

Entscheidend ist, dass man den passenden Platz für das einzelne Mitglied findet. Wenn jemand sagt: Für mich stimmt es momentan, die SP rein finanziell zu unterstützen, ist das genauso in Ordnung, wie wenn jemand sagt: Ich möchte für das Gemeindeparlament kandidieren. Wir schlagen deshalb vor, dass jede Sektion einmal pro Legislatur mit jedem Mitglied Kontakt aufnimmt und herausfindet, wie dessen Bedürfnisse aussehen.

Der SP fehlt im Moment eine halbe Million Franken pro Jahr. Der Parteitag soll deshalb beschliessen, die Abgaben pro Mitglied an die SP Schweiz um 10 Franken zu erhöhen. Eine Beitragserhöhung ist nicht die beste Voraussetzung, um Mitglieder zu gewinnen ...

Die sinkenden Einnahmen durch Mitgliederbeiträge sind ein grosses Problem. Wir haben in den letzten Jahren denn auch konstant gespart. Vor rund zehn Jahren hatten wir ein Budget von 4,5 Millionen Franken, heute sind es noch 3,8 Millionen. Dabei erbringen wir die gleichen, wenn nicht sogar mehr Dienstleistungen. Was darunter stark leidet, ist das nationale Geschäft, dort müssen wir jedes Jahr ganz brutal unsere Prioritäten setzen – zurzeit liegen sie bei der USRIII-Kampagne. Im letzten Jahr sind wir zum Schluss gekommen: Mehr sparen geht nicht, es sei denn, wir machen eine ganz radikale Verzichtsplanung. Wollen wir die Dienstleistungen für die Sektionen und Kantonalparteien aufrechterhalten, brauchen wir jetzt mehr Einnahmen.

Ursprünglich hat die Geschäftsleitung auch die Annahme der Spenden aus der Wirtschaft in der Höhe von insgesamt 280 000 Franken nochmals zur Diskussion gestellt. Weshalb wurde dies wieder verworfen?

Die Anträge an den Parteitag beruhen ja auf einer Vernehmlassung bei den Kantonalparteien. Eine Mehrheit von ihnen hat die Annahme der Spenden und die Erhöhung der Mitgliederbeiträge einander gegenübergestellt und sich für das kleinere Übel entschieden. Ich rechne allerdings damit, dass dieser Antrag am Parteitag wieder gestellt wird.

Was geschieht, wenn der Parteitag es ablehnt, die Einnahmen zu erhöhen – mit welchen Mitteln auch immer?

Dann müssen wir ein bereits runtergespartes Budget nochmals um eine halbe Million kürzen. Zu bestimmen, wo wir das tun, ist nicht meine Aufgabe, sondern die der Gremien. Ich hoffe aber sehr, dass dieser Fall nicht eintritt.

Wofür möchtest du als Generalsekretärin mal so richtig viel Geld ausgeben können?

Ich hätte gerne mal für die wichtigste Abstimmungskampagne der Legislatur zehn Millionen zur Verfügung. Wir haben immer so viele gute Ideen und können dann nur zwei davon umsetzen, weil für den Rest das Geld fehlt.

Die Parteitagsunterlagen, darunter das Projekt Zukunft SP, können abgerufen werden unter www.spschweiz.ch/parteitag-thun

Realitätsfremd oder

AM PARTEITAG ZU DISKUTIEREN GEBEN WIRD DAS POSITIONSPAPIER ZUR WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE. FERNAB VON REALPOLITIK UND AKTUELL DRÄNGENDEN FRAGEN FINDEN ES DIE EINEN – UND WOLLEN ES ZWECKS ÜBERARBEITUNG ZURÜCKWEISEN. GERADE WENN MAN DIE SORGEN DER MENSCHEN ERNST NEHMEN WOLLE, SEI ES FAHRLÄSSIG, DEN KAPITALISMUS ZU IGNORIEREN, SAGEN DIE ANDEREN. «LINKS» HAT JE EINE VERTRETERIN DER BEIDEN SEITEN GEBETEN, IHRE POSITION ZU ERLÄUTERN.

KONTRA

Näher an die Lebensrealität der Menschen!



Pascal Bruderer Wyss, Ständerätin AG

Vorneweg: Der Zeitpunkt für einen Zukunftsparteitag ist goldrichtig – ebenso wie der Entscheid, dabei auf die Wirtschaftspolitik zu fokussieren. Denn die aktuellen technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, deren Geschwindigkeit und Folgen beschäftigen uns alle; sei es als Arbeitnehmende, Selbstständigerwerbende oder generell als Bürgerinnen und Bürger. Doch genau hier liegen die Defizite des sehr theoretischen Papiers zur Wirtschaftsdemokratie.

Das visionäre Sinnieren über alternative Wirtschaftsweisen – fernab von Realpolitik und Mehrheitsfähigkeit – mag reizvoll sein und der Flughöhe eines Parteiprogramms entsprechen. Jetzt geht es aber um ein Positionspapier, das der Lebensrealität der Menschen gerecht werden und ihre konkreten Sorgen,

Interessen sowie Potenziale ins Zentrum rücken soll. Ihnen nützt eine SP, die sich isoliert und als einsame Ruferin in der Wüste vom ideellen Umbau der Wirtschaft träumt, herzlich wenig. Gefragt sind vielmehr sozialdemokratische Rezepte, die sich am gelebten Alltag orientieren und diesen zu verbessern in der Lage sind. Der Frust, dem ich aktuell in vielen parteiinternen Gesprächen – nicht nur, aber speziell mit unseren Exekutivmitgliedern – begegne, liegt in einem höchst berechtigten Anspruch begründet: Wir sind eine Partei, die im Hier und Jetzt Verantwortung wahrnehmen will, muss und kann. Zeigen wir das, auch in unseren Positionspapieren und Parteitagebeschlüssen!

Tatsache ist: Wir leben in einer Marktwirtschaft. Diese auf soziale, ökologische und menschenrecht-

liche Vorgaben zu verpflichten, ist dringender denn je. Welche politische Kraft, wenn nicht die SP, fordert dies mit der nötigen Kompetenz und Schlagkraft ein? Wer für sichere Arbeitsplätze und solide Sozialversicherungen kämpft, weiss um die Bedeutung einer nachhaltig starken Wirtschaft. Viele Mitglieder wie auch Wählerinnen und Wähler der SP befürworten eine soziale Marktwirtschaft und wollen diese sozialdemokratisch prägen. Wir erwarten ein Wirtschaftspapier, das sich mit dieser Idee vereinbaren lässt.

Besonders enttäuschend ist die fehlende Reflexion zu Themen wie Digitalisierung, Robotik, künstliche Intelligenz. Diese Entwicklung wird den Arbeitsmarkt im Allgemeinen sowie die individuellen Beschäftigungssituationen im Besonderen grundlegend verändern. Was heisst

PRO

Gratwanderung zwischen Vision und Alltagsp



Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin SP Schweiz

Die Menschheit verfügt heute über Ressourcen und Reichtum in bisher nicht gekanntem Ausmass, über ein noch nie dagewesenes Wissen, über ein unglaubliches technologisches Potenzial. Noch nie waren die Möglichkeiten, eine demokratische, solidarische und ökologische Wirtschaft zu verwirklichen, grösser. Und doch befindet sich die Welt im Krisenmodus, müssen wir wachsende soziale Ungleichheit, eine weltweite Flüchtlingsmisere, vielfältige Prekarisierungs- und Ausschlussprozesse oder den Klimawandel zur Kenntnis nehmen. Diese Situation hat wesentlich mit der vorherrschenden Wirtschaftslogik und den dahinterstehenden Machtverhältnissen zu tun. Die Redewendung «The Elephant in the Room» wird gebraucht, wenn ein offensichtliches Problem nicht angesprochen wird. Unser Elefant heisst Kapitalismus. Dies zu ignorieren ist

fahrlässig – gerade wenn man die Sorgen der Menschen ernst nehmen und tatsächlich zukunftsfähige Lösungen finden will. Ziel der Sozialdemokratie ist seit jeher eine Wirtschaft, in der das Gemeinwohl statt der Profitinteressen des Kapitals im Zentrum steht. Das haben wir mit dem Parteiprogramm «Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie» 2010 bekräftigt und das soll mit dem vorliegenden Papier weiterentwickelt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine andere Wirtschaft ist, dass wir in Alternativen denken. Der gesellschaftliche Gestaltungsraum ist grösser, als uns die Anhänger des «freien Marktes» und die TechnokratInnen glauben machen wollen. Auch das Konzept der «sozialen Marktwirtschaft» basiert auf den Ideen und Modellen, die die aktuellen Krisen hervorgebracht haben.

Ziel des Positionspapiers ist, die

anspruchsvolle, aber für die Sozialdemokratie unabdingbare Gratwanderung zwischen Vision und Alltagspolitik zu vollziehen. Der Fokus liegt auf den Handlungsspielräumen in der Schweiz – im vollen Bewusstsein darum, dass wir uns im Rahmen des globalen Kapitalismus bewegen. So werden Möglichkeiten für VertreterInnen kommunaler und kantonalen Exekutiven aufgezeigt, zivilgesellschaftliche respektive unternehmerische Initiativen zu unterstützen. Verantwortungsbewusste KMU sollen gezielt gestärkt werden können. Der Fokus liegt auch darauf, die Logik des Wirtschaftens durch ausgeglichene Machtverhältnisse in Unternehmen zu verändern: Mitbestimmung der Mitarbeitenden als effektivste Form von Corporate Social Responsibility. Aktuelle Studien zeigen: Selbstbestimmung, Sinnhaftigkeit und Gestaltungsmöglichkeit

nicht?

Das Papier sowie alle Anträge dazu können abgerufen werden unter www.spschweiz.ch/parteitag-thun

das für die Arbeitnehmenden? Wie organisieren sie sich künftig? Ist mit einer weiteren Flexibilisierung, ja gar Individualisierung der Arbeitsverhältnisse zu rechnen? Wie reformieren wir das soziale Netz, damit es tragfähig bleibt? Und: Welche gesellschaftlichen Chancen eröffnen sich – für neue Arbeitszeitmodelle, die Aufwertung bisher unentgeltlicher Arbeit, für Diversity und Inklusion? Ein SP-Papier zur Wirtschaftspolitik der Zukunft muss solche Fragen wenn nicht beantworten, so doch zumindest thematisieren.

Mein von engagierten Mitgliedern mitunterzeichneter Rückweiserungsantrag ist eine Chance, das Wirtschaftspapier breiter abzustützen und damit eine wichtige Botschaft zu verbinden: In der SP haben vielfältige Meinungen Platz, unsere Breite ist unsere Stärke.

olitik vollziehen

ten im Job entsprechen heute den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen und nützen den Unternehmen. Gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung ist die demokratische Mitbestimmung nicht nur der Politik, sondern eben auch der Mitarbeitenden eine zentrale Forderung der Sozialdemokratie.

Weil die Macht in der Gesellschaft und in den Unternehmen so einseitig zugunsten des Kapitals verteilt ist, wird technologischer Fortschritt (heute die Digitalisierung) für viel zu viele Menschen zu einer Gefahr (Kontrollverluste, Prekarisierung, Arbeitsplatzabbau) statt zu einer Chance (Freiheitsgewinne, abgesicherte Flexibilität, Arbeitszeitreduktion). Was uns fehlt, sind die Hebel, um eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle zu gestalten. Dafür, für mehr Demokratie in der Wirtschaft, müssen wir kämpfen.

AHV stärken – das Ziel bleibt

AUCH NACH DEM SCHEITERN DER AHVPLUS-INITIATIVE GILT: DIE AHV MUSS GESTÄRKT WERDEN. DIE SP WIRD WEITERHIN KONSTRUKTIV AN DER BERATUNG DER RENTENREFORM 2020 MITARBEITEN. WERDEN DIE ENTSTEHENDEN RENTENVERLUSTE JEDOCH NICHT KOMPENSIERT, ERGREIFEN WIR DAS REFERENDUM.

Wer sich in der Abstimmung zur AHVplus-Initiative engagiert hat, weiss, wovon ich spreche: In kontraktischen Debatten kämpften wir gegen Windmühlen. Auf ein Thema wollte sich unsere Gegnerschaft aber auf gar keinen Fall einlassen: den konkreten Vergleich der ersten Säule mit der zweiten. Ein Kosten-/Nutzen-Vergleich aus dem Blickwinkel der Versicherten zeigt nämlich klar auf, wie sehr die AHV den Pensionskassen überlegen ist. Wer die Beiträge den Renten gegenüberstellt, die zu erwarten sind, kann die Augen davor nicht verschliessen. Zu lange wurde aber die AHV schlechtgeredet, als dass es im Abstimmungskampf hätte gelingen können, dieses Image zu korrigieren. Es ist nun zu hoffen, dass uns die Aufklärungsarbeit des Abstimmungskampfs in der Debatte um die Rentenreform 2020 zugute kommt. Auch bei dieser geht es letztlich darum, welche Säule gestärkt werden soll.

Reform muss akzeptiert werden

Wir bestreiten nicht, dass Reformbedarf bei der AHV und in der beruflichen Vorsorge vorhanden ist. Nachdem die letzten Revisionen entweder schon im Parlament oder in den Volksabstimmungen scheiterten, muss die Rentenreform 2020 unter allen Umständen so ausgestaltet sein, dass sie gute Chancen hat, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Akzeptiert wird sie dann, wenn sie a) verstanden und b) als ausgewogen und fair empfunden wird. Die Interessen der Versicherten müssen darum im Zentrum dieser Vorlage stehen.

Als eines der wichtigsten Ziele hat der Bundesrat den Erhalt des Rentenniveaus formuliert. Zwei einschneidende Massnahmen führen aber zu substanziellen Einbussen: die Erhöhung des Rentenalters der Frauen und die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent

auf 6 Prozent. Die Vorlage muss darum im Gegenzug Massnahmen enthalten, die diese Einbussen kompensieren. Der Bundesrat hat die Vorlage entsprechend ausgestaltet. Und die politisch breit abgestützte Vorlage des Ständerats enthielt als ausgleichendes Element eine Zulage von 70 Franken bei den neuen AHV-Renten und eine Erhöhung des Plafonds von Ehepaarrenten auf 155 Prozent. Berechnungen zeigen auf, dass dies die Verluste praktisch vollständig ausgleichen würde.

Rechte Mehrheit setzt sich durch

Im Nationalrat kippte dann aber die Vorlage. In der Sozial- und Gesundheitskommission zimmerte die Mehrheit eine Vorlage zusammen, die in sich nicht stimmig ist und zu massiven Rentenverlusten geführt hätte. Dann zauberte im Plenum die FDP und in deren Schlepptau die SVP einen absolut verantwortungslosen Vorschlag aus dem Hut, von dem niemand im Ernst behaupten kann, die Kosten und Auswirkungen zu kennen. Das Fazit nach der Beratung im Plenum des Nationalrats ist aus Sicht der Versicherten vernichtend: Sie werden einen hohen Preis dafür bezahlen, dass sich die rechtsbürgerliche Mehrheit rücksichtslos durchgesetzt hat. Sie werden deutlich höhere Beiträge zahlen und möglicherweise bis 67 arbeiten müssen. Diese Vorlage ist weder ausgewogen noch fair. Sie wird an der Urne keine Mehrheit finden.

Die SP wird weiterhin konstruktiv an der Beratung der Rentenreform 2020 mitarbeiten. Wir werden die Vorlage aber ablehnen und mit dem Referendum bekämpfen, wenn die entstehenden Rentenverluste nicht vernünftig und zu einem akzeptablen Preis kompensiert werden. Wer will, dass die Reform gelingt, tut gut daran, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Silvia Schenker, Nationalrätin BS

STANDPUNKT

Michael Sorg ist Mediensprecher der SP Schweiz und vertritt Flavia Wasserfallen während ihres Mutterschaftsurlaubs als Co-Generalsekretär.



Von Aargau und Basel lernen

Aargau und Basel-Stadt. Zwei Deutschschweizer Kantone, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Hier der Aargau, konservativ, ländlich, geprägt von AKWs und Autobahnen, manchmal zu Unrecht als etwas provinziell verspottet. Da Basel, weltoffen, urban, wohlhabend, sich selbst gerne als etwas Besonderes sehend. Am 23. Oktober gab es doch eine Gemeinsamkeit: Die SP gewann bei den kantonalen Wahlen!

Im Aargau legt die SP um 3,7 % auf gut 19 % zu und überholt die FDP ganz klar. In Basel-Stadt erreicht die SP mit 32,5 % das beste Ergebnis der letzten sieben Jahre. Auch bei den Regierungswahlen schneiden die SP-Kandidierenden gut bis sehr gut ab. Herzlichen Glückwunsch an alle! Die 1-Million-Dollar-Frage lautet natürlich: Woran liegt es? Und was können wir für die nationale Perspektive daraus lernen?

Klar ist: Die Erfolge der SP gehen erfreulicherweise nicht auf Kosten der Grünen. Hingegen verlieren die bürgerlichen Mitte-Parteien, vor allem die CVP. Das ist nicht überraschend, denn der konservative Pfister-Rechtskurs lässt viele Sozialliberale heimatlos zurück. Die SP bietet ihnen gerne eine neue politische Heimat.

Zweite Erkenntnis: Die Menschen akzeptieren die Folgen des Rechtsrucks, der im Oktober 2015 in Bundesbern stattgefunden hat, nicht. Die rechte Mehrheit in Bern ist arrogant und masslos: Mehr Geld für Armee, Landwirtschaft, Strassenbau – Kürzungen bei der Entwicklungshilfe, bei der Bildung, im Sozialwesen. Deutlich wurde das bei der Altersreform 2020: Die Rechten wollen Rentenalter 67 und tiefere Renten. Das nimmt die Bevölkerung nicht hin. Die SP muss darum weiterhin die oppositionelle Alternative sein für alle jene, die mit der rechten Mehrheit nicht einverstanden sind. Und natürlich – dies die dritte Erkenntnis – beweisen Aargau und Basel-Stadt, dass unsere Basiskampagne funktioniert. Und zwar sehr gut. Im Aargau haben SP-Mitglieder 7000 Gespräche geführt, in Basel 4500. Jeweils die ganze Partei war auf den Beinen, um WählerInnen zu mobilisieren. Das ist unser Rezept gegen die Millionen der Wirtschaft und die Kampagnen der Medien, im konkreten Fall Blochers «Basler Zeitung». Die SP ist stark, wenn sie nah bei den Menschen ist. Die Basiskampagne ist unser Erfolgsrezept – bleiben wir dran!



Wir alle sind die Schweiz

IN DER HERBSTSESSION HAT DAS PARLAMENT EIN MIGRATIONSPOLITISCH WICHTIGES ZEICHEN GESETZT: DIE GROSSKINDER VON MENSCHEN, DIE IN DIE SCHWEIZ GEKOMMEN SIND, SOLLEN SICH LEICHTER EINBÜRGERN LASSEN KÖNNEN.

Wieso ist mir diese Entscheidung so wichtig? Zum einen ist es nicht selbstverständlich, dass eine Parlamentarische Initiative aus unseren Reihen in National- und Ständerat eine Mehrheit findet. Ada Marra hat es mit ihrem Vorstoss geschafft. Zum anderen ist es den eidgenössischen Räten endlich wieder einmal gelungen, zum Thema Einbürgerung positive Zeichen zu setzen, nachdem viel zu lange ständig Verschärfungen und unnötige Hürden für einbürgerungswillige Mitmenschen geschaffen wurden. Für Menschen ohne Schweizer Pass, die bei uns leben, arbeiten, Steuern bezahlen und sich zu Hause fühlen, gibt es endlich wieder ein positives Zeichen aus Bern.

Zugegeben, es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber ein wichtiger. In über 30 Ländern, allen voran die Vereinigten Staaten, erhält man das Bürgerrecht allein durch Geburt auf Staatsgebiet – bedingungslos. Bei uns braucht es nun noch zwei Geburten und einen Antrag, aber immerhin.

Wir wollen euch!

«Die dritte Generation ist hier geboren und aufgewachsen. Sie fühlen sich hier zu Hause, sind Schweizerinnen und Schweizer im Herzen, nur den Pass haben sie noch nicht. Dass man jetzt anerkennt, dass die dritte Generation auch zur Schweiz gehört, dass sie sich erleichtert einbürgern lassen kann, ist ein Zeichen: Ihr gehört auch zu uns, ihr seid sowieso hier zu Hause und wir wollen euch!» – Das habe ich während der letzten Herbstsessions-Woche in der «Tagesschau» gesagt und werde es an Anlässen und Standaktionen noch oft wiederholen bis zur bevorstehenden

Volksabstimmung vom 12. Februar, die für diese Verfassungsänderung nötig ist. Im kommenden Jahr kann mit der Unterstützung des Stimmvolkes geerntet werden, was am 9. Juni 2008 mit einer Parlamentarischen Initiative zur erleichterten Einbürgerung von «Ausländerinnen und Ausländern» der dritten Generation von Nationalrätin Ada Marra begann. Dabei spreche ich absichtlich von «ernten» und nicht «enden», denn für uns kann die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation nicht das Ende sein, sondern erst der Anfang. Es ist mein Ziel, dass in Zukunft die automatische Einbürgerung der zweiten Generation in der Verfassung festgeschrieben wird. Wer in der Schweiz zur Welt kommt, aufwächst und zur Schule geht, ist hier zu Hause. Es braucht keine Blutlinie. Wie es auch bei einem Kind einzig darauf ankommt, dass es in einer Familie Liebe und Zuneigung erfährt, und nicht, ob dies durch eine Stiefmutter oder einen Stiefvater, durch die leiblichen Eltern oder durch zwei Väter beziehungsweise zwei Mütter geschieht.

Kinder kennen keine Unterschiede aufgrund der Staatsbürgerschaft: Man wächst zusammen auf, spielt und lernt gemeinsam. Man scheint gleich – und ist es doch nicht ganz: Denn unterschiedliches Bürgerrecht schafft Ungleichheit, wo keine ist. Die Anerkennung der dritten Generation zeigt, dass im Parlament die Erkenntnis reift, dass, wer hier aufwächst, auch Schweizerin oder Schweizer ist.

Schon bald wird der Abstimmungskampf losgehen. Die Argumente der Gegnerinnen und Gegner werden vermutlich unfair und leider auch für viele Menschen sehr verletzend sein. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir alle – ob mit oder ohne Schweizer Pass – zusammenstehen, ein klares Zeichen der Solidarität setzen und öffentlich bekunden: Wir alle sind die Schweiz!

Angelo Barrile, Nationalrat ZH

Nein zum Unternehmenssteuer-Bschiss!

DIE USR III IST KOMPLIZIERT: ES GEHT UM ZINSBEREINIGTE GEWINNSTEUERN, PATENTBOXEN, STEP-UPS UND INPUTFÖRDERUNG. DAS SIND UN DURCHSICHTIGE STEUERTRICKS, DIE NUR EINE HANDVOLL STEUERBERATER UND WIRTSCHAFTSANWÄLTE VERSTEHEN. WIR BÜRGERINNEN UND BÜRGER SOLLEN NICHT MERKEN, DASS NUR EIN PAAR KONZERNE PROFITIEREN, WÄHREND WIR DIE RECHNUNG BEZAHLEN.

Seit Jahrzehnten steigt der Profit der Unternehmen und der Reichen in der Schweiz im globalen Vergleich an. In der Steueroase Schweiz sind die Grossaktionäre die grossen Gewinner, während der Mittelstand dafür bezahlt: Die Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen steigt an, die Löhne stagnieren und die Lebenshaltungskosten explodieren. Die globale Steuerflucht wird von der Schweiz, Karibikstaaten und anderen Steueroasen vorangetrieben und die globale Ungleichheit gefestigt. Darunter leidet die Bevölkerung.

Steuerprivilegien abschaffen

Diese aggressive Steuerpolitik ist problematisch. Wenn die Schweiz mit fragwürdigen Steuerprivilegien systematisch ausländische Unternehmen anlockt, fehlt anderen Staaten das Geld, um sich einen guten Service public leisten zu können. Dies schadet den europäischen Industrie- und Schwellenländern, für die es dadurch schwieriger wird, eine eigenständige, nachhaltige und soziale Wirtschaft aufzubauen. Zur Verdeutlichung: Die von den Schweizer Steuerbehörden ausgewiesenen Unternehmensgewinne sind von 40 Milliarden (1992) auf unglaubliche 322

Milliarden (2010) angestiegen. Doch nicht nur die Menschen in anderen europäischen Staaten leiden. Immer weniger Steuern für Unternehmen heisst auch bei uns: weniger Geld für Bildung, Kultur und Gesundheit, schlechtere Dienstleistungen und Gebühren- und Steuererhöhungen für den Mittelstand.

Das Schweizer Steuersystem ist in den letzten Jahren zunehmend unter internationalen Druck geraten. Ziel ist es, internationale Standards zur nationalen Steuerpraxis zu schaffen. Gewinn soll dabei grundsätzlich dort versteuert werden, wo er erwirtschaftet wird. In diesem Rahmen wurden die Steuerpraktiken der Schweiz als schädlich eingestuft und unser Land steht seither international unter Druck, diese Steuerprivilegien abzuschaffen.

USR III: Unausgewogen und masslos

Sinn und Zweck der USR III war es, diese illegalen Steuervorteile abzuschaffen. Diese Notwendigkeit ist unbestritten. Das Problem ist die Art und Weise, wie die Reform von der rechten Mehrheit im Parlament verunstatet worden ist. Die Privilegien werden nicht nur abgeschafft, sondern durch einen Werkzeugkasten mit neuen Steuertricks ersetzt.

Zusätzlich würden die Kantone mit der USR III Steuerensenkungen für alle Unternehmen durchführen, um den Wegfall der alten Steuerprivilegien zu kompensieren. Der ruinöse Steuerdumpingwettbewerb wird damit weiter angeheizt. Diese Reform ist unausgewogen und masslos.

Die USR III kostet die öffentliche Hand Milliarden und beinhaltet keinerlei Kompensationen auf der Einnahmeseite. Unter dem Strich heisst das: Aktionäre und Unternehmen erhalten Milliarden, die Verluste trägt der Mittelstand. Wie viel das sein wird, kann heute nicht abschliessend gesagt werden. Bei der USR II sprach der Bundesrat seinerzeit von einer knappen Milliarde, heute weiss man, dass die Reform ein Vielfaches gekostet hat.

Nein zu undurchsichtigen Steuertricks und neuen Milliardenlöchern

Die Debatte ist von vielen komplizierten Begriffen geprägt. Ausser ein paar wenigen Spezialistinnen und Spezialisten versteht niemand, wovon hier gesprochen wird. Das ist gewollt. Hinter diesen unverständlichen Fachbegriffen verbergen sich undurchsichtige Steuertricks. Doch zweimal lässt sich die Stimmbevölkerung nicht für dumm verkaufen. Nach dem USR-II-Skandal haben wir am 12. Februar die Chance, das rechte Parlament in seiner Klientelpolitik und Abbaulogik zu stoppen. Dazu braucht es das Engagement von uns allen.

Samira Marti arbeitet für die Kampagne gegen die USR III



Das Referendum zur Unternehmenssteuerreform III kam locker zustande, jetzt gilt es, am 12. Februar die Abstimmung zu gewinnen.

Breit abgestützte Lösung statt Problembewirtschaftung à la SVP

EIN ERSTER SCHRITT ZUR UMSETZUNG DER MASSENEINWANDERUNGSINITIATIVE IST GESCHAFFT: DER NATIONALRAT HAT SICH FÜR EINE LÖSUNG ENTSCHEIDEN, DIE MIT DEN BILATERALEN VEREINBAR IST. NICHTS DAZU BEIGETRAGEN HAT DIE SVP. NUN IST DER STÄNDERAT GEFRAGT. NOCH DIESES JAHR BRAUCHT ES NÄMLICH EINE LÖSUNG, UM DAS FORSCHUNGSABKOMMEN HORIZON 2020 MIT DER EU WEITERZUFÜHREN.

Wir haben immer vor der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung (MEI) gewarnt. Nachdem sie am 9. Februar 2014 äusserst knapp angenommen wurde, gab es für die SP stets folgende rote Linie: 1. Die MEI-Umsetzung darf die Bilateralen nicht gefährden. 2. Das inländische Potenzial an Arbeitskräften muss besser ausgeschöpft werden. 3. Der Arbeitnehmerschutz darf nicht schlechter werden. Der Kompromiss des Nationalrates vom September – der sogenannte «Inländervorrang light» – hält diese rote Linie ein. Darum hat ihm die SP auch zugestimmt. Der Fokus liegt auf dem «gesamtwirtschaftlichen Interesse», was ja auch eine Forderung der Initiative ist. Der neue Artikel 121a der Bundesverfassung wird so streng wie möglich umgesetzt, ohne die Bilateralen zu gefährden. Denn diese wurden von der Stimmbevölkerung mehrfach bestätigt.

Rechtsunsicherheit ist Gift

Bereits im MEI-Abstimmungskampf hat die SP vor der drohenden Rechtsunsicherheit gewarnt. Die SVP behauptete damals, die Kündigung der Bilateralen sei nicht Ziel der Initiative. Heute wissen wir: Die Rechtsunsicherheit ist Tatsache. Und es droht wegen der fehlenden Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Kroatien der Wegfall des für den Forschungsstandort so wichtigen Abkommens Horizon 2020. Und wir wissen auch, dass mit der EU keine Lösung gefun-

den werden kann, die Kontingente, Höchstzahlen oder einen harten Inländervorrang enthält. Es erstaunt daher nicht, dass die SVP inzwischen von einer Kündigung des FZA spricht und die Bedeutung der Bilateralen herunterspielt. Dieser Zickzack-Kurs ist opportunistisch und unehrlich. Klar ist: Die Unsicherheit, wie sich die Beziehungen zur EU entwickeln, ist Gift für die Schweiz, Gift für unsere Wirtschaft und somit auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Unsicherheit ist aber auch Gift für die Kulturschaffenden und für unseren Bildungs- und Forschungsstandort. Es muss uns grösste Sorgen machen, dass seit dem Ja zur MEI bereits die Hälfte aller Beteiligungen von Schweizer Universitäten an EU-Forschungsprojekten weggefallen ist.

Wegfall der Bilateralen wäre fatal

Die Bilateralen ermöglichen erstens Hunderttausenden Schweizerinnen und Schweizern das freie Reisen, Studieren und Arbeiten in der EU. Zweitens ist für die Schweiz der ungehinderte Zugang zum europäischen Binnenmarkt zentral. So gehen 60 Prozent unserer Exporte in die EU. Drittens beruht unser Wohlstand stark auf der Zuwanderung aus Europa. Wir haben selber beispielsweise schlicht zu wenig Ärzte oder Ingenieure. Und viertens hängen die flankierenden Massnahmen (FLAM) zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen direkt am FZA. Fällt dieses

weg, entfallen auch die FLAM, was alles andere als im Interesse der Arbeitnehmenden ist.

Fokus auf Gesamtwirtschaft

Der vom Nationalrat angenommene «Inländervorrang light» beinhaltet drei Stufen:

1. Inländische Arbeitnehmende sollen stärker gefördert werden. Die SP schlägt etwa die Intensivierung der Fachkräfteinitiative oder den Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung vor.

2. Ab einem bestimmten Zuwanderungsschwellenwert soll für bestimmte Regionen, Branchen oder schweizweit eine Stellenmeldepflicht gelten. Die Arbeitgeber werden dabei verpflichtet, offene Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zu melden. Bei Widersetzung droht eine Busse.

3. Der Bundesrat kann bei «schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen» der EU bestimmte «Abhilfemassnahmen» vorschlagen. Diese können über das FZA hinausgehen, falls die Schweiz und die EU zustimmen. Übergeordnetes Ziel der Nationalratslösung ist es, wieder mehr Rechtsicherheit zu schaffen. Fakt ist nun mal, dass die MEI nicht strenger umgesetzt werden kann, ohne dass wir damit das FZA verletzen und eine Kündigung der Bilateralen riskieren.

Wie geht es nun weiter?

Mit falschen Versprechungen und einer in sich widersprüchlichen Initiative hat die SVP die Schweiz in eine unmögliche Situation gebracht. Ausbaden müssen dies nun Parlament und Bundesrat. Nach dem Nationalrat berät der Ständerat den «Inländervorrang light» im Dezember. Wenn dabei die Massnahmen zur Förderung und zum Schutz der inländischen Arbeitnehmenden noch verstärkt werden, ohne das FZA zu gefährden, ist das in unserem Sinne. Wichtig ist, dass es noch in der Wintersession zu einer Schlussabstimmung kommt. Dann kann der Bundesrat die Ausdehnung des FZA auf Kroatien ratifizieren und damit auch Horizon 2020 retten.

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE

Seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ist bereits die Hälfte aller Beteiligungen von Schweizer Universitäten an EU-Forschungsprojekten weggefallen. Wird die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien in diesem Jahr nicht unterzeichnet, droht auch der Wegfall des wichtigen Abkommens Horizon 2020.



Der Erfolg ist nicht von selber gekommen

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.



Seit gut 15 Jahren bin ich nun in der SP Aargau aktiv. Und ich kann mich an keinen so deutlichen Erfolg unserer Partei erinnern. Ja, Genossinnen und Genossen, wir dürfen dieses Ergebnis mit einigem Selbstbewusstsein historisch nennen: Die SP Aargau hat bei den Grossratswahlen 2016 fünf, respektive sechs Sitze gewonnen (Sitzverlust während der Legislatur an die Grünliberalen) und 3,7% Prozent Wähleranteil zugelegt. Das ist der grösste Zugewinn an Wählerprozenten seit mindestens 1953 (soweit zurück publiziert Statistik Aargau die Ergebnisse der kantonalen Wahlen) und der grösste Sitzgewinn seit 1993 – allerdings hatte damals das Parlament auch noch 200 statt 140 Sitze. Bei diesen Wahlen hat die SP Aargau sage und schreibe ein Drittel oder 6000 mehr Wählerinnen und Wähler mobilisiert als noch vor vier Jahren.* Und der Erfolg ist flächendeckend: Auch in den ländlichen Bezirken, in denen viele Sektionen in den letzten Jahren hartes Brot zu beissen hatten, haben wir deutlich zugelegt. Dass die Grünen ihre Sitze und Wähleranteil halten und die Linke damit insgesamt ihre Position im Parlament ausbauen konnte, rundet das schöne Bild ab. Hand aufs Herz: Wer hätte uns das am 19. Oktober 2015 nach den Nationalratswahlen zugetraut? Bei allen Einschränkungen, die es zu recht zu machen gilt (siehe auch den Beitrag von Urs Hofmann auf Seite 10), dürfen wir hier auch einmal kurz durchatmen und uns ohne falsche Scham gegenseitig auf die Schultern klopfen: Das war richtig, richtig gut, liebe Genossinnen und Genossen – ganz herzlichen Dank an alle, die an diesem Erfolg mitgewirkt haben!

Es ist im Nachhinein immer schwierig, genau festzustellen, woran ein Erfolg oder Misserfolg denn genau lag. Fünf Punkte scheinen mir aber aus kantonalen Perspektive besonders erwähnenswert.

■ Erstens setzt die SP Aargau seit mindestens zwei Jahren konsequent auf eine verständliche, einfache und direkte Sprache und Politik. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mit Aktionen ausserhalb des Parlaments (zum Beispiel dem Aufstand für Anstand), mit Besuchen in den Sektionen und neuen

Angeboten für die Mitglieder (so die Kommunalpolitische Tagung) die Spürbarkeit der SP Aargau zu erhöhen. Das hat gewirkt.

■ Zweitens zeigt ein Blick auf die Liste, dass es uns dieses Jahr gelungen ist, sehr viele regional engagierte Kommissionsmitglieder und Einwohner- und Gemeinderät_innen zu einer Kandidatur für das kantonale Parlament zu bewegen. Das hat mit Sicherheit Stimmen gebracht.

■ Drittens ist es endlich geglückt, den Menschen in diesem Wahlkampf aufzuzeigen, wer für die verheerende Abbaupolitik verantwortlich ist und wie man sich dagegen wehren kann: «Nur mit uns!» hat eingeschlagen.

■ Viertens war der Wahlkampf geprägt von einem unheimlichen Engagement in den Bezirken seit über einem Jahr. Schon früh haben wir die Stossrichtungen festgelegt, das Konzept verabschiedet und etliche Bezirksparteien und Kandidierende waren schon vor den Sommerferien aktiv und präsent.

■ Und fünftens ist uns in der Schlussphase eine ausserordentliche Mobilisierung gelungen. Ganz offensichtlich hat sich der Einsatz in der Basiskampagne mit ihren Telefonaktionen ausbezahlt. Wir haben über 7000 Personen direkt kontaktiert, dazu kommen die unzähligen Gespräche an den Standaktionen im ganzen Kanton. Selten habe ich so oft von den anderen Parteien gehört: «Die SP war bei den Leuten sehr präsent.»

Die Parteigremien werden das Resultat und den Wahlkampf in den kommenden Monaten im Detail noch auswerten. Der Parteirat tagt bereits am 15. November zu diesem Thema. Vorerst aber gilt: Herzlichen Dank an alle Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis, an alle Kandidatinnen und Kandidaten, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sekretariat – nur dank einer hervorragenden Teamleistung war dieser Erfolg möglich. Wir haben es verdient! Und nicht vergessen: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Schon am 27. November entscheidet sich, ob wir mit Yvonne Feri den zweiten Sitz links der Mitte in der Regierung halten können, und die Bevölkerung stimmt über weitere Abbauvorlagen ab. Und in genau einem Jahr finden im Aargau kommunale Wahlen statt. Die Arbeit geht uns so schnell nicht aus.

* Zur Berechnung der so genannten theoretischen Wähler_innenzahl werden alle Stimmen an eine Partei zusammengezählt und durch die Anzahl Linien auf den Wahlzetteln geteilt. Das ergibt dann die theoretische Anzahl an unveränderten Listen (durch das Kumulieren und Panaschieren lässt sich die genaue Wählerzahl nur sehr umständlich schätzen). 2012 betrug die Wähler_innenzahl für die SP 18 685, 2016 24 783.

LINKS AARGAU



Luzern: Steig ab, das Pferd ist tot!

EINE WEISHEIT DER DAKOTA-INDIANER BESAGT: «WENN DU ENTDECKST, DASS DU EIN TOTES PFERD REITEST, STEIG AB.» DIESE WEISHEIT IST IM KONTEXT DER VON BÜRGERLICHER SEITE HOCHGELOBTEN FINANZSTRATEGIE DES KANTONS LUZERN SEHR PASSEND UND BEHERZIGENSWERT.

Seit Jahren hören wir von den bürgerlichen Politikern und der Regierung, dass sich die Tiefsteuerstrategie auszahlen wird, dass Unternehmen in den Kanton Luzern übersiedeln und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Realität zeigt ein anderes Bild, die Steuergeschenke an Unternehmen und Vermögende erzielen nicht den erwarteten Effekt.

Das Scheitern der bürgerlichen Finanzpolitik ist dermassen offensichtlich, dass wohl nur falscher Stolz die Regierung daran hindert, die Fehler einzugestehen. Zwecks ausgeglichenen Aufgaben- und Finanzplans 2017–2020 (AFP) greift sie nun sogar zum Mittel der Steuerfusserhöhung. Die bürgerliche Regierung setzt, um beim Bild der Weisheit zu bleiben, auf zusätzliche Mittel, um die Leistung des toten Pferdes zu erhöhen. Auch die kommunizierten Massnahmen, welche im Konsolidierungsprogramm 2017



Michael Ledergerber,
SP-Kantonsrat

(KP17) präsentiert werden, führen zu keiner nachhaltigen Konsolidierung der Kantonsfinanzen, im Gegenteil: Auch künftig stehen weitere Abbauapakete an. Die Hauptlast der gescheiterten Finanzstrategie trägt die Luzerner Bevölkerung. Erhöhung der Nettoarbeitszeit, schlechtere Arbeitsbedingungen, 40 Millionen Einsparungen durch Organisationsentwicklung sowie Kürzungen der Staatsbeiträge treffen Menschen mit Behinderungen, Familien, Studierende, Arbeitnehmende und das Personal direkt. Die SP bekämpft den ständigen Abbau seit Jahren. Neuerdings kommt aber auch Opposition von erstaunlicher Seite hinzu: Bürgerliche Parteien, der Gewerbeverband und die Industrie- und Handelskammer wehren sich vehement gegen einzelne Massnahmen aus dem KP17. Die Lösungsvorschläge bleiben sie allerdings schuldig. Sie beschränken sich darauf, jene der

anderen zu torpedieren, wie wir bei der Abstimmung über die Initiative für faire Unternehmenssteuern feststellen konnten.

Unter diesen Umständen ist eine Annahme des AFP ausgeschlossen. Ein gesetzeskonformes Budget rückt in weite Ferne, es droht gar ein längerer budgetloser Zustand.

Die SP war in der Vergangenheit und ist auch heute immer bereit, die Effizienz zu erhöhen sowie bestehende Leistungen zu überprüfen und gegebenenfalls auch zu reduzieren, wenn sie nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen entsprechen. Diesen Willen werden wir auch beim KP17 zeigen. Für die SP ist es aber kein gangbarer Weg, Normalverdienende doppelt und dreifach via Leistungsabbau, teurere Gebühren und höhere Steuern bezahlen zu lassen, während sich die Profiteure der vergangenen Jahre weitgehend schadlos halten.

SP Basel-Stadt erzielt ein Spitzenresultat – ausruhen können wir uns aber (noch) nicht



Brigitte Hollinger,
Präsidentin SP BS

Grosse Erfolge in beiden kantonalen Räten

Nach einem langen und intensiven Wahlkampf konnte die SP Basel-Stadt am 23. Oktober 2016 ein historisches Spitzenresultat erzielen. Es ist das beste Ergebnis seit dem 2. Weltkrieg. Mit einem Wähleranteil von neu 32,5 Prozent hat die SP Basel-Stadt das bisherige Bestresultat von 31,5 Prozent aus dem Jahr 2004 übertroffen. Bei den Regierungsratswahlen erzielten Eva Herzog mit 71 Prozent und Christoph Brutschin mit 63 Prozent der Stimmen Glanzresultate. Eva Herzog erreichte damit sogar eine neue Bestmarke aller Basler Regierungsratswahlen seit 1953.

Ebenfalls im ersten Wahlgang wurde Elisabeth Ackermann (Grüne) gewählt, was ein grosser Erfolg für das rot-grüne 5er-Ticket ist. Nachdem gleichzeitig auch zwei bürger-

liche Kandidaten gewählt wurden, bleiben noch zwei Sitze in der Regierung offen, über welche am 27. November 2016 im Rahmen des zweiten Wahlgangs entschieden wird.

Hans-Peter Wessels wieder in den Regierungsrat

Die SP Basel-Stadt kann sich noch nicht zurücklehnen; unser kompetenter Regierungsrat Hans-Peter Wessels verfehlte das absolute Mehr mit 872 Stimmen knapp. Das Schicksal eines zweiten Wahlgangs teilt er mit Vorgängern im Amt des Bau- und Verkehrsdirektors. Sie werden für jede störende Baustelle und für jeden zeitraubenden Stau in der Stadt verantwortlich gemacht. Zusätzlich musste Hans-Peter Wessels unseriöse mediale Kampagnen aushalten, welche er mit einer bewundernswerten Gelassenheit hinnahm. Vor allem wurde er regelmässig wegen der verkehrssamen Innenstadt und fehlender Parkplätze kritisiert. Die SP jedoch steht für Lebensqualität, Umweltbewusstsein und Förderung des öffentlichen Verkehrs, und genau diese Politik vertritt Hans-Peter Wessels. Er leistet hervorragende, lösungsorientierte Arbeit im Bau- und Verkehrsdepartement.

In der SP Basel-Stadt war es daher unbe-

stritten, Hans-Peter Wessels für den zweiten Wahlgang zu nominieren. Er tritt im 2er-Ticket mit Heidi Mück (BastA!) an. Sie hatte im ersten Wahlgang mehr als einen Achtungserfolg erzielt. Heidi Mück lag 3000 Stimmen hinter dem bisherigen Polizeidirektor Baschi Dürr und erreichte sogar mehr Stimmen als der umstrittene SVP-Kandidat Lorenz Nägelin.

Wir müssen im Wahlkampf nochmal alles geben!

Die Genossinnen und Genossen der SP Basel-Stadt haben in den vergangenen Monaten unermüdlich einen engagierten Wahlkampf geleistet. Mit über 120 Standaktionen waren sie auf den Strassen von Basel und Riehen präsent. Zur Schlussmobilisierung haben sie an 25 Telefonaktionen mit über 4500 Wählerinnen und Wählern am Telefon gesprochen. Der Einsatz hat sich gelohnt und hat die Partei zusammengeschweisst. Jetzt müssen wir nochmals alle Kräfte mobilisieren und die letzten zwei Wochen bis zum 27. November nutzen, damit die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat erstens bestehen bleibt und zweitens mit Heidi Mück gar ausgebaut werden kann.

Man sagt: Wer wagt, gewinnt.



KANTONALPARTEI

Nicht auf dem Buckel von Familien und wenig Verdienenden

Die SP hat drei Volksaufträge im Zusammenhang mit einer allfälligen Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) und deren Auswirkungen auf Kanton, Gemeinden und die Bevölkerung lanciert. Innert kurzer Frist wurden über 1000 Unterschriften gesammelt und davon 742 beglaubigte bei der Staatskanzlei abgegeben. 100 pro Auftrag wären nötig gewesen. Mit ihren Volksaufträgen fordert die SP eine Reihe von Massnahmen, um die Steuerausfälle infolge der Unternehmenssteuerreform III zu kompensieren. In der Pflicht sieht die SP auch die Wirtschaft, die von den Steuersenkungen profitiert.

Volksauftrag «Kaufkraft der Familien stärken»

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenpaket mit folgendem Inhalt vorlegen:

- Kaufkraft Familien stärken durch
- Erhöhung der Familien- und Kinderzulagen
- Ausbau der Familienergänzungsleistungen
- Schaffung von bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen
- Erhöhung der Prämienverbilligung

Volksauftrag «Mehr Steuergerechtigkeit»

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenpaket mit folgendem Inhalt vorlegen:

- Steuergerechtigkeit schaffen durch
- Erhöhung des Steuerabzugs für Personen mit kleinem Einkommen
- Minimieren von Steuerverlusten durch genügend Personalressourcen
- Erhöhung der Vermögenssteuer und der Dividendenbesteuerung

Volksauftrag «Arbeitsplätze sichern»

Der Regierungsrat soll ein Massnahmenpaket mit folgendem Inhalt vorlegen:

- Arbeitsplätze sichern durch
- Bildung für alle in den Unternehmen

SP kritisiert Steuersenkung der Regierung auf Vorrat

Finanzdirektor Roland Heim liess verlauten, dass die Regierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der USR III bereits beschlossen hat, die Steuern bei den juristischen Personen ab 2017 vorsorglich zu senken. Dies im Wissen, dass die Unternehmenssteuerreform III noch gar nicht in Kraft ist und dagegen sogar das Referendum erfolgreich ergriffen wurde. Zudem hat die Regierung noch nicht darüber informiert, wie die Steuerausfälle kompensiert werden sollen.

SP will zuerst Strategie und Kompensationsmassnahmen sehen

Die SP wehrt sich gegen dieses Vorgehen und fordert die Regierung auf, zuerst darzulegen, wie sie bei einem allfälligen Inkrafttreten der USR III den Kanton Solothurn im Steuerwettbewerb der Kantone positionieren will. Und zudem, welche Kompensationsmassnahmen mit allfälligen Steuersenkungen verbunden werden. Eine Steuersenkung ohne



Simon Bürki,
Kantonsrat aus Biberist
simon-buerki@bluewin.ch

Strategie, zumal auf Vorrat, ist unglaubwürdig und unseriös.

SP ist gegen Steuerausfälle im Kanton bis zu 60 Mio. Franken

Die Unternehmenssteuerreform III hat Milliarden-Steuerausfälle beim Bund und 40–60 Millionen beim Kanton Solothurn zur Folge. Es würde damit ein neues Sparprogramm drohen, und auch die Gemeinden würden in finanzielle Schwierigkeiten gebracht.

Fuder überladen

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat das Fuder in der Sommersession derart überladen, dass die Reform irreparabel aus dem Gleichgewicht gebracht worden ist. Ursprünglich lautete das Ziel, die Steuerreform gerecht und ertragsneutral umzusetzen. Davon, das heisst von einer angemessenen Gegenfinanzierung, ist nichts mehr übriggeblieben. Die Unternehmen und Aktionäre erhalten neue Privilegien, aber die Kosten trägt die Bevölkerung. Dazu sagt die SP nein.



#SchweizerAufschrei: Weshalb und wie weiter?

DER #SCHWEIZERAUFSCHREI ZEIGT: DIE FEMINISTISCHE BEWEGUNG WIRD WIEDER SICHTBARER, HÖRBARER UND IST VERSTÄRKT AKTIV. ER ZEIGT ABER AUCH, DASS ES AN DER FEMINISTISCHEN FRONT NOCH VIEL ZU TUN GIBT.

In den letzten Wochen war er in aller Munde: Der #SchweizerAufschrei. Initiiert wurde er von einem lose vernetzten Grüppchen Frauen, die feministisch aktiv sind. Die SP Frauen* war mit dabei. Natürlich war der Zeitpunkt ein Stück weit eine Reaktion auf die unhaltbaren Aussagen von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler. Sie hatte Medien gegenüber geäußert, dass naive Frauen, die fremde Männer mit nach Hause nehmen, an einer allfälligen Vergewaltigung Mitschuld tragen würden. Die untragbaren Aussagen von Andrea Geissbühler sind, was in der feministischen Diskussion als «Rape-Culture» bezeichnet wird: Frauen wird eingeredet, sie seien an Übergriffen selber schuld, sie hätten provoziert, die falsche Kleidung getragen oder sich nicht genügend gewehrt. Der #SchweizerAufschrei war also auch Protest gegen diese Art von Anschuldigungen.

Internet macht Sexismus sichtbar

In der Social-Media-Aktion erzählen Frauen auf Twitter und Facebook unter dem Hashtag #SchweizerAufschrei über ihre eigenen Erlebnisse mit Sexismus und sexueller Belästigung. Die Aktion zeigt, wie stark Sexismus in der Gesellschaft und im Alltag verwurzelt ist. Und wie oft Frauen mit sexistischen Äusserungen konfrontiert sind. All die Erlebnisse, die auf Twitter und Facebook geteilt wurden, sind erschreckend, aufwühlend und berührend. «Wenn dir im Zug einer im Schlaf an die Brüste fasst und sich dann entschuldigt mit: «Ich dachte, du wolltest das», schreibt eine Nutzerin. «Der Typ, der mich an einem SA-Nachmittag am Zürich HB berührte u. wegzerren wollte. Niemand intervenierte», schreibt eine andere. «Die HR-Person, die mich bei der Übergabe des Arbeitszeugnisses fragt, ob ich mit meinem Chef geschlafen hätte», eine weitere. Deutlich wird: Es braucht Mut, über diese Erfahrungen zu sprechen. Wer Sexismus

benennt, läuft Gefahr, als Opfer oder als «überempfindlich» beschimpft zu werden. Denn: Wer sexuelle Diskriminierung oder Belästigung durch Vorgesetzte am Arbeitsplatz erfährt und öffentlich macht, wird in den wenigsten Fällen als Antwort erhalten: «Vielen Dank für den Hinweis. Ja, meine Äusserung war sexistisch, ich werde das ändern. Tut mir leid.» Das Internet hilft, darüber zu sprechen: Es macht Phänomene wie Sexismus sichtbar, indem sie in einer neuen Form von Öffentlichkeit mit mehr Beteiligten diskutiert werden.

Die feministische Bewegung lebt!

Dass die Schweiz nun ihren eigenen #SchweizerAufschrei hat, ist allerdings nicht nur als Reaktion auf Trump oder Geissbühler zu verstehen, wie das in den Medien vielfach dargestellt wurde, sondern ist auch Ausdruck einer viel wichtigeren Entwicklung: Die feministische Bewegung wird wieder sichtbarer, hörbarer und ist verstärkt aktiv. Diese Entwicklung hat im angelsächsischen und auch im deutschsprachigen Raum bereits vor einigen Jahren eingesetzt. Online-Portale wie feministing.com, das Missy-Magazine oder Edition F, die täglich Artikel zu sexueller Gewalt und Rape-Culture oder auch zu Feminismus und Popkultur veröffentlichen, haben mittlerweile eine beträchtliche Leserschaft. Weil es feministische Themen nur selten in die Mainstream-Medien schaffen, haben viele Aktivistinnen Gegenöffentlichkeiten geschaffen.

Die Arbeit dieser Feminist_innen, welche die Aufmerksamkeit täglich aufs Neue auf Diskriminierung und Sexismus lenken, schafft letztlich einen Diskurs und gibt den nötigen Rückhalt in der Gesellschaft. «Online-Aktivismus», schrieb vor vier Jahren die deutsche Feministin Teresa Bücker, «ist mehr als Webseiten, Tweets und Klicks: Er verändert Bewusstsein, schafft Aufmerksamkeit und übt Druck auf Entscheidungsträger aus.» In der Tat: Gerade das



Feministische Themen schaffen es nur selten in die Mainstream-Medien, viele Aktivistinnen haben darum Gegenöffentlichkeiten geschaffen: Online-Portale wie feministing.com, das Missy-Magazine oder Edition F haben mittlerweile eine beträchtliche Leserschaft.



Natascha Wey ist Co-Präsidentin der SP Frauen*

Beispiel Deutschland zeigt, dass erst durch die wichtige Aufklärungsarbeit über Vergewaltigungen und Rape-Culture die Grundlage dafür geschaffen wurde, das Sexualstrafrecht nun endlich zu verschärfen.

Gut für Vernetzung

Aktionen wie der #SchweizerAufschrei erfüllen eine weitere, wichtige Funktion: Sie dienen der Vernetzung. Ich habe in den letzten zwei Wochen über diese Online-Aktion unzählige politische und feministische Frauen kennengelernt. Frauen, die sich engagieren wollen, die politisch sind und die aktiv sind. Frauen, mit denen ich mich treffe und mit denen ich weitere politische Projekte plane. Die SP Frauen*, das zeigt ein Blick in die Geschichte, hat sich immer auch als feministische Bewegung verstanden. Die Vernetzung mit anderen bewegten Frauen ist daher zentral und wichtig. Gerade auch für uns als Partei: Denn Frauen politisieren sich auch über feministische Themen. Wir brauchen funktionierende Frauennetzwerke, die uns sichtbar machen und stärken. Denn was #SchweizerAufschrei auch gezeigt hat: An der feministischen Front gibt es noch viel zu tun!

Reclaim Democracy: Linker Aufbruch

DER KONGRESS «RECLAIM DEMOCRACY» WILL IN EINEM BREITEN LINKEN RAHMEN DISKUTIEREN, WIE DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE GEGEN DIE ÖKONOMISIERUNG VON POLITIK UND GESELLSCHAFT UND GEGEN RASSISMUS STARKGEMACHT WERDEN KÖNNEN.

«Die Welt ist für das Bürgertum nur noch «nützlich», profiterträglich, sonst ist sie leer und sinnlos geworden», schrieb der unabhängige deutsche Marxist Leo Kofler im Jahr 1956: Der liberale Optimismus habe sich erschöpft und einem ziellosen Nihilismus Platz gemacht. Im Siegeszug des Neoliberalismus erleben wir, wie Koflers Diagnose immer mehr in Erfüllung geht. Doch nicht nur die bürgerlichen, auch viele massgebende linke Kräfte haben im neoliberalen Taumel der 1990er-Jahre ihren Kompass verloren. Der Zerfall der stalinistisch geprägten «Realsozialismen» ging einher mit linken Anpassungsprozessen an die neoliberale Agenda. Auf der Strecke blieben der Wille zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Optimismus der Emanzipation. Dieser emanzipatorische Optimismus ist jedoch das «Salz der Erde». Fehlt es, dann wird linke (Alltags-) Politik zu einem zähen, uninspirierten Geschäft und läuft Gefahr, zur Vollzugsgehilfin herrschender Interessen zu werden. Seit den globalisierungskritischen Bewegungen der Jahrtausendwende und vermehrt seit der Finanzkrise 2007/8 gewinnt auf linker Seite jedoch der Wille wieder an Boden, aufs gesellschaftliche Ganze zu zielen.

Mit mehr Demokratie gegen reaktionäre «Visionen»

In diesen Kontext reiht sich der Kongress «Reclaim Democracy» ein, der vom 2. bis 4. Februar 2017 an der Universität Basel stattfindet. Der Kongress wird organisiert vom Denknetz Schweiz in Kooperation mit dem Seminar für Soziologie der Uni Basel und 22 Instituten, Bewegungen, NGOs, Thinktanks, Gewerkschaften und Zeitschriften. In diesem breiten linken Rahmen soll an vier Plenarveranstaltungen und in über vierzig Ateliers diskutiert werden, wie Demokratie und Menschenrechte gegen die Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft und gegen Rassis-

mus starkgemacht werden können. Dabei soll der emanzipatorische Optimismus mit der Forderung einer umfassenden Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse verbunden werden.

Das ist umso drängender, als die nationalistische Rechte das durch den neoliberalen Nihilismus entstandene Vakuum mit reaktionären «Visionen» füllen will und – der Aufstieg der neuen Rechten in ganz Europa macht es deutlich – beunruhigende Erfolge erzielt. Dabei versucht sie unter anderem auch, den Demokratiebegriff kulturalistisch respektive völkisch aufzuladen und ins Autoritäre zu wenden. Demokratie bedeutet dann plötzlich Ausschluss statt Inklusion, Leitkultur statt Vielfalt, Führerkult statt Partizipation und Emanzipation.

Auch die USR-III-Abstimmung ist demokratiepolitisch relevant

Demgegenüber will der Kongress mit dem erforderlichen Nachdruck deutlich machen, dass Demokratie und Menschenrechte untrennbar verbunden sind, völkische «Demokratie»konzepte hingegen zu autoritären Regimes führen, zu Hass, Hetze und letztlich zu Kriegstreiberei. Demokratie kann nur als Emanzipation, als ständiges Bemühen um Befreiung gelingen. Sie ist internationalistisch und solidarisch zu denken. Und sie kann sich nur festigen, wenn sie alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst, auch die Wirtschaft. Demokratie heisst aber auch Auseinandersetzung: Am Kongress wird es auch um kontroverse Themen gehen, um die Forderung nach globaler Niederlassungsfreiheit und ihrer Bedeutung in der Alltagspolitik etwa.

Reclaim Democracy ist der Vorschlag, Demokratie – oder besser: die Ausweitung der Demokratie – zum Anker eines hegemoniefähigen linken Gesellschaftsprojektes zu machen. Wir wollen in einem breiten linken Spektrum diskutieren, inwiefern sich die Vision einer

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär von Denknetz. Pascal Zwicky, Projektleiter Themenmanagement bei der SP Schweiz, Mitglied der Denknetz-Kerngruppe.

starken, substanziellen Demokratie eignet, die emanzipatorische Überwindung der Begrenzungen der «realexistierenden Demokratie» glaubhaft zu machen. Das sind keine abgehobenen Wolkenkuckucks-Diskussionen. Im Gegenteil: CVP-Präsident Gerhard Pfister spielt aktuell mit dem Feuer des Religionskriegs und versucht den demokratischen Rechtsstaat in der Schweiz zu christianisieren. Von unmittelbarer demokratiepolitischer Relevanz ist der Einsatz der SP für die erleichterte Einbürgerung von «Ausländerinnen und Ausländern» der dritten Generation (siehe Seite 6). Der Kampf für die Regulierung der Finanzmärkte wird überzeugender und kraftvoller, wenn er auch als wichtige demokratiepolitische Auseinandersetzung verstanden wird. Wer soll die Macht haben: Die Banken und Finanzinstitute oder die Bevölkerung? Oder etwa die kommende Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III: Auch sie ist demokratiepolitisch relevant. Wenn der Allgemeinheit immer mehr Steuermittel entzogen werden, dann untergräbt das unentbehrliche öffentliche Aufgaben und damit die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens.

Wir hoffen, dass der Kongress wichtige aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen abbildet und von ihm gleichzeitig neue Impulse ausgehen werden. Damit dies erreicht werden kann, damit Reclaim Democracy als politische Spurlegung auch gehört wird und Wirkung entfaltet, braucht es eine breite Beteiligung.

**Kongress «Reclaim Democracy»:
2. bis 4. Februar 2017,
Uni Basel
Mehr Informationen
auf dem Flyer in der
Heftmitte und unter
www.reclaim-democracy.org**



Politische Partizipation und Repräsentanz stärken

AM KOMMENDEN PARTEITAG IN THUN WIRD ÜBER DIE VERANKERUNG DER SP MIGRANTINNEN IN DEN STATUTEN DER SP SCHWEIZ ENTSCHEIDEN. EIN GUTER ZEITPUNKT, UM ÜBER DIE ENTWICKLUNG UND DEN AKTUELLEN STAND ZU BERICHTEN.

Die SP hat bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund einen guten Ruf. Viele hoffen auf und richten Erwartungen an sie. Dennoch sind Migrantinnen und Migranten in der SP insgesamt untervertreten. Dies zu ändern ist ein Ziel der SP MigrantInnen. In der Romandie sind Migrantinnen und Migranten in der SP insgesamt besser vertreten als in der Deutschschweiz, insbesondere in den Kantonen mit AusländerInnen-Stimmrecht. Das Potenzial ist aber insgesamt immer noch sehr gross.

Grosses Potenzial

Rund ein Drittel der schweizerischen Wohnbevölkerung hat einen Migrationshintergrund, und eine Million davon ist wahlberechtigt. Von den zwei Millionen nicht stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländern hat zudem ein Grossteil eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung und kann sich in absehbarer Zeit einbürgern lassen. Wenn Menschen mit Migrationshintergrund wählen gehen, dann unterstützen sie linke Parteien deutlich häufiger als die übrige Bevölkerung. Gleichzeitig ist die Wahl- und Abstimmungsabstänze von Menschen mit Migrationshintergrund aber stark überdurchschnittlich. Dem will die SP MigrantInnen entgegenwirken.

Ziel ist aber nicht einfach, die Stimmen von Migrantinnen und Migranten für die Anliegen der SP zu gewinnen. Die SP MigrantInnen will Menschen mit Migrationshintergrund, die unsere sozialdemokratischen Werte teilen, innerhalb und ausserhalb der Partei insgesamt zu einer besseren politischen Partizipation und politischen Repräsentanz verhelfen. Wir verstehen uns – ähnlich wie die SP Frauen* – als eine Gruppierung, die parteiintern und -extern Druck macht, um eine bessere politische Integration zu erreichen.

Vom Projekt zum Organ

Der bis heute bestehende provisorische Vorstand der SP MigrantInnen wurde im Frühjahr 2012 gebildet. Am Parteitag 2012 in Lugano wurde darauf ein Aktionsplan zur Stärkung der politischen Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Partei verabschiedet. Seither wurde die SP MigrantInnen Schritt für Schritt aufgebaut. Inzwischen gibt es in verschiedenen Kantonen funktionierende Sektionen und in den vergangenen Jahren hat die SP MigrantInnen bewiesen, dass sie trotz minimalen Ressourcen kampagnenfähig ist.

Folgerichtig soll nun das Projekt «SP MigrantInnen» in ein festes Organ der SP Schweiz umgewandelt werden. Damit wird eine statutarische Gleichstellung zur SP Frauen*

und zur SP 60+ erreicht. Konkret bedeutet dies neben einem Zweckartikel in den Statuten der SP Schweiz beispielsweise auch Delegationsrechte für die verschiedenen Gremien wie Delegiertenversammlungen oder Parteitage.

Weitere Entwicklung

Der Aufbau kantonalen Sektionen muss nun intensiviert werden. Dabei liegt die Hauptverantwortung bei den jeweiligen SP-Kantonalparteien und den lokalen Sektionen. Die SP MigrantInnen Schweiz bietet aber gerne Unterstützung im Rahmen ihrer Möglichkeiten – beispielsweise mit Kontaktpersonen oder Best-practice-Beispielen.



Mustafa Atici, Präsident der SP MigrantInnen

Weitere Infos:
www.spmigrantinnen.ch

Der Flyer der SP Migrantinnen zur Abstimmung über die Asylgesetzrevision wurde insgesamt in zwölf verschiedenen Sprachen produziert.



Wider die Ohnmacht

OHNMACHT IST EINE ALLTAGSERFAHRUNG, DIE ZU POLITIKVERDROSSENHEIT FÜHRT UND VIELE LEUTE VOM ENGAGEMENT ABHÄLT. ES GIBT JEDOCH MÖGLICHKEITEN, OHNMACHT ZU ÜBERWINDEN. WIR ALS SP KÖNNEN VIEL DAZU BEITRAGEN.

«Politik bewirkt nichts und führt zu nichts, warum soll ich also meine Zeit damit verschwenden?» – Mit dieser Abwehrhaltung werden wir in Gesprächen oft konfrontiert, sie hat sich in vielen Köpfen festgesetzt. Wie begegnen wir dieser Haltung, die resignativ und manchmal auch nur bequem ist – und für die Herrschenden wunderbar nützlich? Das Gefühl, ein kleiner Wurm zu sein, ausgeliefert den politischen Ränkespielen der Mächtigen, die ja doch machen, was sie wollen, ist ein wichtiger Grundstein im herrschaftlichen Gefüge. Sich widerspruchslos einzuordnen in bestehende Institutionen, sei es die Schule, die Arbeitswelt oder die Armee, ist noch immer eine Grunderfahrung – trotz unserer hochgelobten Demokratie. Im Alltag gibt es keine Mitbestimmung, weder bei der Wahl des Chefs noch bei der Festlegung des Mietpreises einer Wohnung. Hauseigentümer beispielsweise einigen sich auf ein Näherbaurecht über die Köpfe der Mieter und Mieterinnen hinweg. Die Folgen tragen die dazu nicht befragten Bewohner und Bewohnerinnen. International operierende Banken erpressen Staaten und zwingen sie zum Ablass. Finanzinstitutionen und ihre politischen Diener hebeln Parlamente ganzer Länder aus, das Kaufen von Politikern via Verwaltungsräte ist eher Normalität als



Heinz Looser, Begleitgruppe Organisation und Projekte der SP Schweiz

Ausnahme. Wird hingegen ein linksgrünes Anliegen angenommen, etwa die Alpeninitiative, so wird diese als Betriebsunfall behandelt und einfach nicht umgesetzt.

Die Ohnmacht überwinden

Mit diesen Erfahrungen im Nacken sehen viele in oppositioneller Politik nur eine Spielwiese für Naive, die den Machtverhältnissen nicht ins Auge sehen wollen. Das Gefühl der Ohnmacht wird auch genährt durch die Anonymisierung der politischen Kräfte und der Profiteure, obwohl die drei bis vier Tausend Milliardärinnen und Milliardäre unseres Planeten alle einen Namen haben – auch jene in der Schweiz. Stattdessen wird auf den alles ordnenden Markt verwiesen, die dahinter verborgenen Machtstrukturen und Herrschaftsmechanismen geraten nur ausnahmsweise ins Rampenlicht.

Aus der unerträglichen Grunderfahrung von Ohnmacht flüchten einige in vermeintlich selbst bestimmbare Lebensformen: das Eigenheim, die Selbstständigkeit als Kleinunternehmerin oder Kleinunternehmer. Oder sie geben – quasi aus Notwehr – ihre Stimme einer Partei, die im nationalen Rahmen wieder die Kontrolle über das eigene Leben verspricht, indem sie die bösen Vögte der EU und «die Ausländer» an der Landesgrenze stoppt. Die Kontrolle

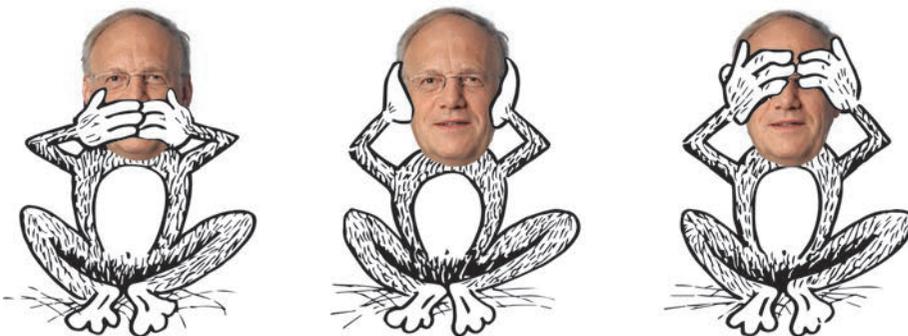
zurückgewinnen über die Gestaltung des eigenen Lebens und über die Gestaltung unseres Zusammenlebens, die Ohnmacht überwinden – diesen verständlichen Wunsch können wir aufgreifen und zur Basis einer emanzipatorischen Politik machen. Dazu einige Vorschläge:

Erstens: Hören und gehört werden statt ohnmächtig verstummen. Die Leute könnten über die SP noch stärker mit ihren Nöten Gehör finden, indem die Partei sich als Anlaufstelle für Ungemach, Probleme und Anliegen profilierte. So konnte etwa einem Kollegen geholfen werden, dessen Sohn dringend psychiatrische Betreuung brauchte und keinen geeigneten Therapie-Platz fand. Die zermürbende Wartezeit der Familie konnte dank der Netzwerkarbeit und der Anfrage eines SP-Parlamentariers erfolgreich verkürzt werden. Die Anfrage zeigte zudem, wie eng der Therapieplatzmangel mit dem Sparprogramm der Bürgerlichen verknüpft ist.

Jede und jeder kann solche Netzwerkarbeit leisten. Wir können unsere Vernetzung noch aktiver ausbauen, mit Ansprechmöglichkeiten über SP-Webseiten, Social Media oder Direktkontakten mit Parlamentariern und Parlamentarierinnen. Diese könnten sich noch vermehrt mit ihren Kompetenzprofilen als Ansprechpersonen sichtbar machen.

Zweitens: Die Anonymisierung der Macht und Machtstrukturen lassen sich durchbrechen, indem wir Profiteure der Nöte und Ausbeutungsverhältnisse benennen und sie für ihr Tun verantwortlich machen. Auch hinter dem Gedränge in der S-Bahn stehen Namen: jene der bürgerlichen Politiker, die den nötigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs blockieren. Auch hinter der Verhinderung der Genossenschafts-siedlung Ringling in Zürich stecken Agiteure mit ihren Interessen: Sulzer, Luwa AG, die Millionärsfamilie Bechtler. Sie bekämpften Wertebussen auf ihren Grundstücken und lobbyierten mit ihrer Finanzkraft für die freie Sicht aus ihren Nobelwohnhäusern. Privilegien-Politik ist nicht so anonym, wie sie sich gerne gibt. Und das lässt sich mit witzigen und publikumswirksamen Aktionen auch zeigen.

Nichts sagen, nichts hören, nichts sehen?



Nicht mit uns!



Hilft gegen Ohnmachtsgefühle: die Verantwortlichen benennen (Plakat der JUSO gegen die Beteiligung der Schweiz an den Verhandlungen über TISA).

«Als linker Lehrer wurde man in den 70er-Jahren zum Rektor zitiert»

KARL LANG IST SEIT FAST 50 JAHREN IN DER SP ZOLLIKON AKTIV. NUN IST ER IM 77. ALTERS- JAHR VON SEINEN PARTEIÄMTERN ZURÜCKGETRETEN. GRUND GENUG, AUF SEINE LANGE KARRIERE ALS SOZIALDEMOKRAT IN EINEM BÜRGERLICHEN UMFELD ZURÜCKZUBLICKEN.

«Mein Elternhaus war überhaupt nicht politisch. Aber mein «linker» Onkel Walter las viele Bücher. Das hat mich als Junger sehr interessiert.» Das Interesse ist geblieben – wer mit Karl Lang spricht, erlebt einen wachen Geist und dezidierte Meinungen. Seit mehr als 50 Jahren ist er politisch aktiv, davon die meiste Zeit in der SP.

Nach einer Ausbildung zum Eisenbahner holte er die Matur nach und studierte Geschichte. «An der Uni Zürich wurde ich politisiert, es war die Zeit des Vietnamkriegs und des Putschs im Iran gegen den Schah», erzählt Karl. Er trat der ersten linken Studentenverbindung bei, der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich, deren Präsident er zeitweise war. «Vermutlich hat man mich gewählt, weil ich nicht ganz so radikal war wie viele meiner Genossen», meint er, «aber immerhin hielt ich einmal an einer Demo gegen den Vietnamkrieg eine Rede mit dem Titel «Lang lebe der Vietkong.» Karls ideelle Heimat war die Arbeiterbewegung, und er schrieb seine Dissertation über Fritz Brupbacher, den Zürcher Arbeiterarzt, Anarchisten und Sozialisten.

Linke Politik an der Goldküste

1969 trat Karl der SP bei und übte im Verlauf der Jahre in der Partei verschiedene Ämter aus, unter anderem das des Präsidenten der SP Zollikon. In der bürgerlich dominierten Goldküstengemeinde, wo er seit fast 50 Jahren wohnt, gehörte – und gehört – er als SP-Mitglied zu einer kleinen Minderheit. «Die Gemeindepolitik fand ich immer sehr interessant. Obwohl ich einer Minderheitspartei angehörte, habe ich mich in die Gemeindepolitik eingemischt und auch an den Gemeindeversammlungen regelmässig das Wort ergriffen, um meine sozialdemokratischen Ansichten zu vertreten.» Dementsprechend ist Karl Lang in Zollikon bekannt wie ein bunter Hund – jedenfalls bei denjenigen Menschen, die Gemeindever-

sammlungen besuchen. Seine offen geäusserten Meinungen kamen aber nicht immer gut an. Hinter seinem Rücken wurde er so manches Mal als Kommunist verschrien, und die Anfeindungen gipfelten in einem regelrechten Skandal. «Ich war damals in der Schulpflege aktiv. Vor der Wiederwahl publizierte jemand im Lokalblatt anonyme Inserate, in denen ich als Marxist verleumdet wurde. Darauf wurde ich natürlich nicht wiedergewählt.» Auch eine Wahl in den Kantonsrat blieb Karl verwehrt, obwohl ihn das Amt interessiert hätte: «Es ist nicht einfach, als SP-Mitglied von Zollikon aus gewählt zu werden – in unserer Gemeinde ist die SP ja nicht einmal im Gemeinderat vertreten.»

Diskussionen im Lehrerzimmer

Nicht nur privat, auch beruflich ist Karl Lang der SP eng verbunden. Nach seinem Studium arbeitete er zunächst als Geschichtslehrer an einer Privatschule. Die Fragen seiner Schüler versuchte er auch aus einer anderen Perspektive als der damals üblichen zu beantworten: «Ich erzählte den Schülern beispielsweise davon, dass in den kolonialisierten Ländern oft Stellvertreterkriege der Grossmächte geführt wurden, oder ich erwähnte, dass die Entdeckung Amerikas zu einem Völkermord an den indigenen Völkern führte.» Solche Äusserungen waren zur Zeit des kalten Kriegs und des RAF-Terrorismus verdäch-

Aufgezeichnet von Eva Ebnöther

tig, und Karl Lang wurde zum Rektor zitiert. «Auch meine Lehrerkollegen hatten meistens eine andere politische Meinung als ich. Das führte im Lehrerzimmer oft zu intensiven Diskussionen – da war man froh, dass nach einer Viertelstunde die Glocke schellte ...»

Im Jahr 1974 wurde Karl wissenschaftlicher Assistent im Schweizerischen Sozialarchiv, wo er bis zu seiner Pensionierung 2002 blieb. Er baute unter anderem die Archivabteilung auf, schrieb an einem Bundesratslexikon mit und wurde Sekretär der Internationale der Archive der Arbeiterbewegung – deren Jahresversammlungen ihn in viele Hauptstädte Europas führten, einmal sogar nach Moskau. Inzwischen nimmt er es etwas ruhiger, doch die Reiselust ist geblieben. So bereist er mit seiner Frau regelmässig Südamerika, wo ihr Sohn mit Familie lebt.

Fast 50 Jahre in der SP aktiv: Karl Lang.



DER DOPPELTE ESPRESSO

Werden die Tage kälter, steigt das Bedürfnis nach warmen Getränken. Wer sich bei einem Tässchen heissen Kaffees aufwärmt, kann dabei in bestimmten Bars, Cafés und Restaurants auch noch etwas Gutes tun, nämlich jemand anderem einen Kaffee spendieren. 2014 hat der Verein Surprise, bekannt durch das Strassenmagazin mit demselben Namen, das Projekt «Café Surprise» lanciert. Die Idee dahinter ist einfach: Man trinkt einen Kaffee und bezahlt gleichzeitig einen zweiten, der später an eine bedürftige Person ausgegeben wird. Die schöne Tradition stammt aus Napoli, wo der sogenannte caffè sospeso, der «aufgeschobene Kaffee», seit den 30er-Jahren existiert. Mit der Wirtschaftskrise hat sie sich allmählich auch in anderen europäischen Ländern ausgebreitet und ist schliesslich zu uns in die Schweiz gelangt.

Mehr Informationen sowie eine Übersicht über die beteiligten Bars, Cafés und Restaurants finden sich unter www.vereinsurprise.ch/cafe-surprise



Die an dieser Stelle in der letzten Ausgabe angekündigte Veranstaltung mit Didier Eribon musste leider abgesagt werden. Doch natürlich ist und bleibt das Thema, der europaweite Aufstieg der neuen Rechten und die Handlungsperspektiven für die Linke, von zentraler Bedeutung. Die Veranstaltung wurde deshalb auf den 17. Februar 2017 verschoben.

Aufstieg der neuen Rechten und Handlungsperspektiven für die Linke

Mit Prof. Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie in Jena, diskutieren SP-Präsident Christian Levrat, Nationalrätin Min Li Marti und Politikwissenschaftlerin Line Rennwald.

Bern (genauer Ort, siehe www.spschweiz.ch/fraktionsanlass)
17. Februar 2017, 19.15–21 Uhr,
anschliessend Apéro

freier Eintritt



LESERBRIEF

«links» 165, Interview mit Nationalrat und SP-Vizepräsident Beat Jans

Richtig, Beat Jans, auf jeden Neubau gehört eine Solaranlage, dies sollte vom Staat verordnet werden. Hie und da erfreut mich der Anblick von Photovoltaik auf riesigen Scheunendächern, wie ich sie vor Jahren im Schwarzwald gesehen habe, und zwar bei jedem Bauernhof! Ersichtlich, dass dort der Staat mehr Unterstützung gewährt.

Mit freundlichen Grüssen

Susanne Stegmann, Dulliken – auf Augenhöhe mit dem AKW Gösgen

IMPRESSUM Herausgeber: SP Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Tel. 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70 Erscheint 8 Mal pro Jahr, Auflage 37 015 (Wemf) Abonnementspreise: Für Mitglieder der SP Schweiz gratis Adressänderungen/Abos: abo@spschweiz.ch Redaktion: Andrea Bauer (Chefredaktion), Niklaus Wepfer (SO), Livia Diem (BS), Ruedi Brassel (BL), Szabolcs Mihalyi (BE), Katharina Kerr (AG), Yannick Gauch (LU), Julian Fitze (TG), Michael Sutter (Region Bern), Urs Geiser (Korrektor) E-Mail Redaktion: links@spschweiz.ch Gestaltung/Produktion: Atelier Bläuer, Bern Druck: Ringier Print Adligenswil AG, Postfach 3739, 6002 Luzern Anzeigen: Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH, Gitschenstrasse 4, 6460 Altdorf, Tel. 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47, kg@kiliangasser.ch Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.10. Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 12.12.2016

HABE ICH MICH TRUMPIERT?

Ich tippe auf Donald J. Trump!

Wenn du diese Glosse liest, ist klar, wer künftig Präsidentin oder Präsident der USA ist. Hat Trump gewonnen und du liest diese Zeilen, deutet das darauf hin, dass die Postzustellung noch funktioniert und die Welt noch nicht im Chaos versunken ist. Das heisst: Er macht das bis jetzt besser als erwartet. Nachfolgend mein Kommentar zum Wahlausgang in zwei Szenarien, verfasst drei Tage vor der Entscheidung, eingewickelt in den berühmten Schleier des Nichtwissens.

Szenario 1: Donald Trump ist Präsident der USA! Er wird der «beste Präsident, den Gott je erschaffen hat» (Eigenwerbung)! Anders ausgedrückt: Jetzt ist die Kacke gehörig am Dampfen! Das schöne, aber eher aus der Mode geratene berndeutsche Verb «sich trumpieren» wird zum Synonym für den historischen Fehlentscheid der US-Wählenden und zum Wort des Jahres 2016 gekürt. «Trumpieren» ist great again! Ich wünsche mir George W. Bush zurück. Der war besonnen, sympathisch, intelligent. Er war mega! Warum nicht nochmals er? Oder sein Bruder, sein Vater oder sein Coucou-sin? Obamas Hund Bo? Oder Berlus-

STEFAN KRATTIGER

ROT STICH



coni? Der hat auch Kohle und 289 TV-Sender, geht aber respektvoller mit Frauen um. Stimmt, der ist nicht Amerikaner. Heino auch nicht, aber der hätte auch lustige blonde Haare und Zeit gehabt. Warum um Gottes willen ausgerechnet Trump? Das ist wie Gölä im Bundesrat – einfach mit Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat und rotem Atom-Kaboom-Knopf. Die Welt ist dem Untergang geweiht! Aber das ist alles gar nicht so schlimm, immerhin habe ich richtig getippt!

Szenario 2: Hillary Clinton ist Präsidentin der USA! Falsch getippt. Henusode. Hillary ist toll. Irgendwie. Auf jeden Fall ist sie nicht Trump.

Politische Zusammenhänge verstehen D2.1.1602

7.11.–8.11.2016, Fortbildungszentrum, Oberdorf SO

Die schweizerische Demokratie, politische Abläufe und Machtverhältnisse, Rolle der Medien, Einflussnahme der Gewerkschaften auf die Politik

ReferentInnen: Jean Christophe Schwaab (Nationalrat), Ursula Hirt (Movendo)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1604

16.11.–18.11.2016, Hotel Freienhof, Thun

Freizügigkeit, Wohneigentumsförderung, Risikobetrachtung, Jahresrechnung, Anlageorganisation BVV 2, Teilliquidation, Stiftungswechsel, Frühpensionierung

Referenten: Sabino Di Mambro (eidg.dipl. Pensionskassenleiter), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Gute Gesamtarbeitsverträge durchsetzen D1.8.1612

17.11.2016, Unia-Zentralsekretariat, Bern

Analyse und Bedeutung von GAV, Entwicklung der GAV in der Schweiz, GAV-Service

Referent: Beat Baumann (Unia)

Ich erstelle mein Budget

D2.6.1627

24.11.2016, RomeroHaus, Luzern
Fixe und wiederkehrende Kosten, mögliche Einsparungen, Spielraum, Hilfsstellen

Referentin: Katharina Prelicz-Huber (VPOD)

Für wen tickt die Uhr? D2.2.1604

8.12.2016, Bildungszentrum 21, Basel

Arbeitszeit, Teilzeit, Mindestarbeitszeit, Überstunden/Überzeit, Kompensation oder Entschädigung, Geltendmachung, Pikettendienst, Arbeit auf Abruf, ständige Erreichbarkeit, Homeoffice und

Online-Arbeit, Abgrenzung zur Freizeit

Referent: Urs Egger (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– statt Fr. 390.–; resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spscheiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2016/2017

27. NOVEMBER
Abstimmungen

3./4. DEZEMBER
Parteitag, Thun

12. FEBRUAR
Abstimmungen

1. APRIL
DV

21. MAI
Abstimmungen

24. JUNI
DV

24. SEPTEMBER
Abstimmungen

14. OKTOBER
DV

26. NOVEMBER
Abstimmungen

Bashar lernt laufen...

Reportagen aus dem Nahen Osten

Der bekannte SRF-Nahostkorrespondent Pascal Weber stellt im Gespräch mit seinem Berufskollegen Werner van Gent sein neues Buch zur schmerzhaften Neuordnung des Nahen Ostens vor. Weber spricht von Hoffnung und Resignation und davon, was es braucht, damit die Menschen – und ihre Länder – wieder auf die Beine kommen.

Buchpremiere in Zürich, 13. November, 17 Uhr

Miller's Studio, Mühle Tiefenbrunnen, Seefeldstrasse 225
Tickets unter: www.millers-studio.ch

Wattwil, 14. November, 19 Uhr

Kantonsschule Wattwil, Näppisuelstrasse 11
www.kantiwattwil.ch

Luzern, 15. November, 19 Uhr

Buchhaus Stocker, Hertensteinstrasse 44
Tel. 041 417 25 25
stocker@buchhaus.ch

Bern, 16. November, 20 Uhr

ONO - das Kulturlokal, Kramgasse 6
www.onobern.ch

Rapperswil-Jona, 17. November, 20 Uhr

*ALTEFABRIK, Klaus-Gebert-Strasse 5
Tel. 055 225 74 00
stadtbibliothek@rj.sg.ch

Winterthur, 1. Dezember, 19 Uhr

Stadtbibliothek Winterthur, Obere Kirchgasse 6
Tel. 052 267 51 48
stadtbibliothek@win.ch



www.kolchisverlag.ch

PALME D'OR
FESTIVAL DE CANNES

Festival del film Locarno
Publikumspreis UBS

I, Daniel Blake

DIRECTED BY
KEN LOACH

SCREENPLAY BY
PAUL LAVERTY

«Voller Integrität, Herz und Kraft.»

THE HOLLYWOOD REPORTER

AB 8. DEZEMBER IM KINO

**Jonas braucht
keinen Atomstrom.**



**am 27. November zum
geordneten Atomausstieg
bis 2029**

geordneter-atomausstieg-ja.ch

